

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1918

532 (15.11.1918) Abendblatt

Badischer Beobachter

Verlagspreis vierteljährlich:
 In Karlsruhe durch Lehner Nr. 455;
 (b. d. Geschäftsstelle monatl. Nr. 1.20)
 in Baden (Deutschland) durch die
 Post Nr. 5. — ohne Beilage;
 Ausland durch Post oder Kreuz-
 band. Der Einzelverkaufspreis jeder
 Ausgabe beträgt 10 Pf.

Kreuzprecher Nr. 533

Notationsdruck und Verlag der Badens L.-G. für Verlag und Druckerei
 Karlsruhe, Albrechtstr. 42, Albert Hoimann, Direktor

Er erscheint an allen Werktagen in zwei Ausgaben
 Sonntags: Einmal wöchentlich die Unterhaltungsblätter „Sonne und Blumen“,
 „Wörter für den Familienkreis“ und „Blätter für Haus- und Landwirtschaft“

Verantwortlich für deutsche und badische Politik, sowie für Feuilleton: Dr. Meene; für den übrigen redaktionellen Teil: Franz Wahl für Anzeigen und Adressen; A. Hoimann, sämtlich in Karlsruhe.

Anzeigenpreis:
 Die achtsp. Kolonnenzeit 25 Pf. (Klein-
 kolonnenzeit 10 Pf.) mit 90% Erhöhung
 zuzüglich. Bei Wiederholung nachfolgend
 nach Tarif. — Aufträge vermittelt
 alle Anzeigen-Expeditionen. — Schluss des
 Anzeigen-Annahmes vom 18 Uhr
 bis nachm. 4 Uhr.

Postfach: Karlsruhe 4844

Zur neuen Ordnung in Deutschland.

Folgende Auffassung der Lage, die sich mit der von uns vertretenen Anschauung deckt, geht uns aus mitleidenden katholischen Kreisen Badens zu: Die neuen Verhältnisse, welche sich im Laufe der letzten Tage in unserem Vaterlande gebildet haben, beginnen allmählich ein klareres Bild zu bieten. Zweifellos ist und bleibt eine gewalttätige Umwälzung stets ein bedauerliches Ereignis in dem Gange eines Staates, andererseits kann jedoch immerhin mit Freuden feststellend werden, daß die jüngste deutsche Revolution sich fast unblutig vollzogen hat. Es gerät von dem großen Verständnis, das die weitaus meisten Völker der dringenden Notwendigkeit entgegenbringen, jede Störung der Ordnung, des Friedens und der gesellschaftlichen Beziehungen sowie vor allem jedes Unterdrücken von deutschen Mitbürgern zu vermeiden. Es ist daher die allgemeine Ueberzeugung, daß man sich nach dem Beispiel der meisten Behörden und der Herrscherstaaten vorzuziehen sollte, auf geordneten Verhältnissen zu bestehen. Die bis jetzt erlassenen Erklärungen und Verordnungen der neuen Reichsregierung zeigen erfreulicherweise bis jetzt eine zurückhaltende Mäßigkeit. Deswegen entsprechen die als Gesez erlassenen Regierungsverordnungen vom 12. November größtenteils den auch von mehreren andern Parteien seit vielen Jahren auf geordneten Wege vertretenen Wünschen. Aber als Gesez können sie erst durch die vom ganzen Volk beider Geschlechter völlig frei zu wählende Nationalversammlung anerkannt werden. Es ist deshalb im Interesse des deutschen Volkes und seiner wichtigsten Lebensinteressen der größte Wert darauf zu legen, daß diese allgemeine Nationalversammlung und die in der einzelnen Länder zu wählenden Landesversammlungen sobald als möglich vorbereitet und einberufen werden. Aus diesen Betrachtungen des Volkes heraus kann allein eine wahrhaft demokratische Regierung, welche das Vertrauen der Volksmehrheit in vollem Umfange besitzt, auf die Dauer ins Leben gerufen werden.

Es ist diesem Zeitpunkt kosten, um die Volkswirtschaft in jeder Hinsicht zu wehren, nur möglichst wenige Verfassungs- und Gesezänderungen vorgenommen werden. Vor allem müßten dies höchstens Notverordnungen für die Vollstreckung sein, welche den Ausbau des wirtschaftlichen und sozialen Lebens in der gegenwärtigen kritischen Periode nicht erschweren. Die Wahrung der Volkswirtschaft ist für jede einwirkende Gesez- oder Verfassungsänderung unumgängliche Pflicht eines modernen Staates. Gewalt kann und darf niemals vor Recht gehen.

Von großem Nutzen wäre es sicherlich, wenn einseitigen, bevor das Aufkommen einer neu gewählten Volksvertretung erreichbar ist, so rasch als möglich von den neuen Regierungen im Reich und den Einzelstaaten genau und ins Einzelne gehende Mitteilungen über die geplanten Maßnahmen und das beabsichtigte Programm gemacht würden.

Auf diese Weise könnte weitestgehend durch die Presse und durch formenreiche Artikel aus dem Munde der allgem. Erörterung hervorgehoben und so eine gewisse Kenntnisnahme der Meinungen aus allen Volksschichten ermöglicht werden. Eine solche Kenntnisnahme müßte vieler praktischer Erfahrungen und Vorurteile ist um so mehr anzustreben, als durch den Krieg ohnehin schon auf schwerer erdichteter Volksmeinung nur allzulebhaft durch irgend welche liberale, wenn auch noch so allgemeinere Schritte zum Zusammenbruch gebracht werden könnte. Dies aber kann nie und nimmer der Wunsch auch nur eines einzigen Deutschen sein.

Die Umwälzung in Deutschland.

Aufruf der preussischen Regierung an das Volk.
 Berlin, 13. Nov. (W.Z.) In einem Aufruf an das deutsche Volk heißt es: Die Aufgabe der neuen preussischen Landesregierung ist, das alte, von Grund auf reaktionäre Preußen so rasch wie möglich in einen völlig demokratischen Bestandteil der einheitlichen deutschen Volksrepublik zu verwandeln. Ueber die zukünftigen Staatseinrichtungen Preußens, seine Beziehungen zum Reich, zu den anderen deutschen Staaten und zum Ausland wird eine verfassungskonforme Versammlung entscheiden. Ihre Wahl erfolgt auf der Grundlage des gleichen Wahlrechts für alle Männer und Frauen und nach dem Verhältnisystem. Bis zum Zusammentritt dieser verfassunggebenden Versammlung übernimmt die vorläufige Regierung, getragen von dem Vertrauen der Arbeiter- und Soldatenräte, die Geschäfte. Sie sieht ihre erste Aufgabe darin, in engem Zusammenhange mit der neuen Reichsregierung für die Ordnung und Sicherheit im Lande und für die Volksernährung zu sorgen. Alle Beamten, die sich der neuen Regierung zur Verfügung stellen, sind ausdrücklich in ihren Rechten bestätigt und auf ihre Pflichten hingewiesen. Von den zahlreichen Aufgaben, vor die sich das neue Preußen jetzt und in Zukunft gestellt sieht, seien unter anderen hervorgehoben: Die Schaffung der Einheitswährung, Befreiung der Schule von jeder kirchlichen Bevormundung, Trennung von Staat und Kirche, völlige Gleichheit des Wahlrechts für alle Gemeindeglieder in Stadt und Land, entsprechende demokratische Umgestaltung der Kreis- und Provinzialverwaltungen, rascher Ausbau und Entwicklung aller Verkehrsmittel, insbesondere der Eisenbahnen und Kanäle, Seebau und Modernisie-

Aufruf an die Zentrumswähler von Stadt und Land.

Heute um 2 Uhr sollte der Reichstag zusammengetreten! Die Sitzung ist aufgehoben!
 Die Zentrumsfraktion des Reichstages hatte sich am 7. November versammelt. Die meisten ihrer Mitglieder sind durch die Ereignisse von Berlin ferngehalten oder heimberufen worden.
 Die in Berlin anwesenden Abgeordneten wenden sich an das Volk und erklären:
 Wir beantragen feierlich Achtung und Gleichberechtigung unserer Grundgesetze.
 Wir machen Gebrauch von dem Recht der Freiheit des Wortes und dem Versammlungsrecht.
 Die Zentrumspartei wird alle, die sich zu ihren Grundgesetzen bekennen, im entscheidenden Augenblick an die Wahlen rufen.

Jetzt aber gilt es, für Ruhe, Sicherheit und Ordnung im Lande zu arbeiten, um die geregelte Führung der Staatsgeschäfte zu ermöglichen. Dabei muß jedem die Wahrung seiner politischen und religiösen Ueberzeugung gesichert sein!
 Wir bitten unsere Parteifreunde im ganzen Lande: beratet die Lage! Bereitet die Wahlen vor! Klärt auf und besetzt die Frauen. Schließt Euch von der Arbeit für öffentliche Einrichtungen nicht aus! Haltet Ordnung bewahren und öffentliche Sicherheit, damit wir alle Brot und Leben haben!
 Wartet die Weisungen der Parteileitungen ab!

Berlin, den 13. November 1918.
 Die Mitglieder der Zentrumsfraktion des deutschen Reichstages:
 Dr. Jähndker, Giesberts, Köhmann, Dr. Pfeiffer, Dr. Frhr. von Rechenberg, Schiffer.

Aufruf.
 Berlin, 14. Nov. (W.Z.) Das Vaterland ist in Gefahr. Das wirtschaftliche Leben droht zusammenzubrechen und damit die Fundamente unseres Landes. Jeder von uns deshalb alle seine Kräfte einbringen, um diese Katastrophe abzuwenden. Offiziere und Beamten, die ihr Amt nicht mehr wahrnehmen können, sind zu bitten, sich zurückzuziehen. Die Regierung wird die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung und zum Wiederaufbau unseres Vaterlandes. Unfähigkeit ist ein Verbrechen am Lande. Niemand darf zurücktreten.

Gerüchte von Putschversuchen der Spartakusgruppe.
 Berlin, 14. Nov. Es erhält sich in Berlin dauernd das Gerücht, wonach Putschversuche der Spartakusgruppe gegen die jetzige Regierung unmittelbar bevorstünden. So wurde heute vormittag gemeldet, daß die Spartakusgruppe beabsichtigt, mit Gewalt das Gebäude des Abgeordnetenhauses zu besetzen. Die fortschrittliche Volkspartei brach darauf ihre gerade im Abgeordnetenhause tagende Fraktionsversammlung ab. Es erriete sich jedoch tatsächlich keinerlei Zwischenfall.

Die Fortschrittliche Volkspartei
 erklärt einen „Kammerputz“ gegen die Waffenstillstandsbedingungen und ruft die „Kämpfer der Kulturwelt“ auf, noch in letzter Stunde diese unerhörte Vergewaltigung, diesen Triumph des Imperialismus zu verhindern. Dann verlangt sie für die innere Neugestaltung, daß sie sich „in wahrhaft demokratischer Form“ vollziehen solle. Eine Volksregierung dürfe sich nur auf Volksbestimmungen stützen. Aufgabe der geschlossenen Volksvertretung und der aus ihr zu bildenden Regierung sei die Wahrung und Stärkung der Reichseinheit und der Ausbau der Verfassung unter Anerkennung des gleichen Rechts für alle. „Nur, was immer geartete Diktatur oder Klassenherrschaft ist verwerflich.“ Es folgen Einzelwünsche, worauf es heißt: „In der schweren Zeit des Ueberdanges ist die unbedingte Erhaltung der öffentlichen Ordnung, der Ehre von Leben und Eigentum und die Sicherstellung der Ernährung des höchsten Gebot. Wer es erfüllen will, soll von uns unterstützt werden.“ — In einem parteioffiziellen Begleitartikel wird der Ruf nach Wiederherstellung der Volksvertretung in ihre früheren Rechte nicht nur, sondern auch nach einer bedeutenden Erweiterung dieser Rechte erhoben, aber hinzugefügt, daß der gegenwärtige Reichstag, zumal nach einer sechsmonatigen Lebensdauer dem Zweck einer Volksvertretung allerdings nicht mehr entspricht.

Spaltung bei den Unabhängigen.
 Berlin, 14. Nov. Wir sind zuversichtlich, daß die Absicht, ein Teil der unabhängigen Sozialisten, sich von dieser Loszulassen und zur Gruppe Liebknecht überzugeben. Der Streit dreht sich hauptsächlich um die Frage der Einberufung der Nationalversammlung. Während die Führer der unabhängigen Sozialdemokratie gleich der Sozialdemokratie eine demokratische Entwicklung anstreben, hält der linke Flügel an der Diktatur des revolutionären Proletariats fest.

Die Sicherheitsvorschriften für die Pulver- und Sprengstoffbetriebe.
 Berlin, 14. Nov. (W.Z.) An die Arbeiter- und Soldatenräte bei den stellvertretenden Generalkommandos ist folgende Verfügung erlassen: Die Anbahnung oder Herbeiführung der für die Pulver- und Sprengstoffbetriebe gegebenen Sicherheitsvorschriften können schwere Explosionen zur Folge haben. Die Erhaltung von Leben und Eigentum erfordert unbedingt die weitestgehende Befolgung der bestehenden Sicherheitsvorschriften. Eigenmächtige Änderungen der Bestimmungen sind streng zu bestrafen. Für die Reichsregierung: G. Höre, Unterstaatssekretär.

Der Staat Hamburg.
 Hamburg, 14. Nov. (W.Z.) Der Arbeiter- und Soldatenrat hat eine Bekanntmachung erlassen, daß Hamburg als Staat und Träger von bürgerlich-rechtlichen Pflichten und Rechten fortbesteht, bis im Reich über die weitere Gestaltung der Verhältnisse entschieden sein werde.

Die Postensur.
 Berlin, 14. Nov. (W.Z.) In einzelnen Tageszeitungen wurde gestern die Nachricht verbreitet, daß die Postensur unter der neuen Regierung nicht fortbestehen und Briefe von nun an geschlossen nach dem Auslande geschickt werden können. Diese Nachricht entspricht nicht den Tatsachen. Die Postensur muß selbstverständlich auch unter der neuen Regierung fortbestehen, aber unter ganz anderen Gesichtspunkten. So muß z. B. vermieden werden, daß, solange keine befriedigenden Geseze heraus sind, größere Vermögenswerte und kapitalistische Elemente ins Ausland abgeschoben werden und daß reaktionären Einflüssen vom Auslande her die Spitze abgehoben wird. Eine endgültige Regelung erfolgt in kurzem.

Bremen in den Händen des N.S.M.
 Bremen, 14. Nov. (W.Z.) Der Arbeiter- und Soldatenrat hat gestern im Konsens die Verträge einstimmig folgende Bekanntmachung beschlossen: Der Arbeiter- und Soldatenrat hat die Ausübung der politischen Gewalt im Bremer Stadtgebiet übernommen. Der Senat und die Bürgergerichte bestehen nicht mehr. Das Bremer Stadtgebiet bildet künftig einen Bestandteil der deutschen Republik. Ueber die weitere Gestaltung der Verhältnisse entscheidet die später zu schaffende gesetzgebende Körperschaft. Ruhe und Ordnung werden gewährleistet. Ein jeder genießt seinem Verufe nach. Die Beamten bleiben auf ihren Posten. Die Behörden werden in ihren Stellen verbleiben. Das Privatvermögen wird geschützt. Minderer werden standrechtlich abgeurteilt.

Drang nach der Tyrannei von unten.
 Berlin, 14. Nov. (W.Z.) Auf das Telegramm der beiden sozialdemokratischen Parteien an Pantina hat der unabhängige Abgeordnete Eduard Bernstein folgende Antwort erhalten: Werter Genosse! Das Telegramm der sechs Genossen ist sofort an Henderson, Cahin und Wandler

Die Lage in Baden.
 Karlsruhe, 14. November. Viele Kameraden der 8. Landwehrdivision haben mich 6 im Abschied gebeten, einen Antrag zu stellen, daß sie als bald demobilisiert werden. Die Division war in 4 1/2 Jahren des Krieges nie in Ruhestellung gekommen und hat in den letzten Wochen große Verluste erlitten. Es handelt sich in der Hauptsache um Männer von 35-48 Jahren, also um Familienväter, um Männer der Ordnung und ruhigen Entwicklung. Ich bitte um Betreiben des Antrags.
 Schöfer, Divisionsparrer und Abgeordneter.

beide geschickt worden mit den besten Empfehlungen. Ich bin sicher, daß eine Reaktion nicht nur unserer Genossen, sondern der ganzen öffentlichen Meinung in den Ententeländern gegen die erdrückende Vergewaltigung des revolutionären Deutschlands einleiten wird. Heute meldesten die Zeitungen telegraphisch, daß Präsident Wilson und sogar Clemenceau gegen jede inhumane Maßregel sich ausgesprochen haben. Ihre Aktion wird die persönliche Stimmung noch weiter stärken. Besten Dank für Ihr Telegramm und beste Wünsche, daß die deutschen Genossen ihre gewaltige Revolution im Namen der Demokratie auch gegen die Tyrannei von unten klar und fest steuern möchten.

Die Soldatenräte des Ostens.
 Mitau, 13. Nov. (W.Z.) Meldung des Soldatenrats Mitau. Die meisten Soldatenräte des Ostens: Riga, Mitau, Wanda, Ralsen, Dablen, Estland, Wilna, Lida usw. haben sich dem Zentralrat in Nowo angegeschlossen. Die Umwälzung vollzieht sich all in geordneter und hoher Weise ohne Zwischenfälle. Die Offiziere verbleiben in ihren Funktionen, aber sie teilen ihre Kommandogewalt mit den Soldatenräten. Diese sind nicht nach dem Vorschlag Hindenburg-Ebert, sondern auf breiter demokratischer Grundlage gegründet worden. Die politischen Ämter werden befreit, die Justiz gilt nur noch für rein militärische Zwecke, die Zentralbehörden werden von den Präsidenten der Soldatenräte kontrolliert, ebenso die Waffen- und Munitionsbehörden. Telegramme, Telegraphen und Telefonstationen sowie die Eisenbahn und Post stehen den Soldatenräten zur Verfügung. Die Grenzkontrolle ist aufgehoben. (In Mitau hat man den Befehl hinzugefügt: „Es wird erwartet, daß im besetzten Gebiet die Kameraden einander grüßen.“) Auf je 50 Mann einer jeden Formation entfallen drei Vertrauensleute. Der Rasentritt ist verlangsamt, aber aus Gründen der Disziplin nicht aufgehoben worden.

Die Lage in Baden.
 An das badische Kriegsministerium.
 Karlsruhe, 14. November. Viele Kameraden der 8. Landwehrdivision haben mich 6 im Abschied gebeten, einen Antrag zu stellen, daß sie als bald demobilisiert werden. Die Division war in 4 1/2 Jahren des Krieges nie in Ruhestellung gekommen und hat in den letzten Wochen große Verluste erlitten. Es handelt sich in der Hauptsache um Männer von 35-48 Jahren, also um Familienväter, um Männer der Ordnung und ruhigen Entwicklung. Ich bitte um Betreiben des Antrags.
 Schöfer, Divisionsparrer und Abgeordneter.

In der ehemaligen Donau-Monarchie.
 Aufruf der provisorischen Nationalversammlung an das deutsch-österreichische Volk.
 Wien, 12. Nov. (W.Z.) Die provisorische Nationalversammlung erläßt einen Aufruf an das deutsch-österreichische Volk, worin es heißt:
 Die durch das gleiche Stimmrecht aller Bürger besetzten Vertreter des deutschen Volkes von Deutsch-Österreich beschließen, in der provisorischen Nationalversammlung unter einem freigelegten Präsidenten, vereinigt und beraten durch die von der Volksvertretung eingesetzten verantwortlichen Behörden, den Staat Österreich als Republik, d. h. als freien Volksstaat einzurichten, dessen Geseze vom Volke ausgehen, dessen Behörden ohne Ausnahme durch Vertreter des Volkes eingesetzt werden. Zugleich beschließt die provisorische Nationalversammlung, sobald die nötigen Vorkehrungen getroffen sind, ihre Vollmachten unverzüglich in die Hände des Volkes zurückzugeben. Im Januar wird das gesamte Volk, Männer und Frauen, zur Wahl freier, sein äußeres Schicksal wie die innere Ordnung allein frei und unabhängig bestimmen. Jetzt, da die Freiheit gesichert ist, ist die erste Pflicht die staatsbürgerliche Ordnung und das wirtschaftliche Leben wiederherzustellen. Jeder sollte das Neueste, Deutsch-Österreich, über die Übergangszeit hinaus die Volksbehörden, unser Volk vor der sonst drohenden Katastrophe zu retten. Jeder denke vor allem an die nächsten Wochen und Monate. Für später ist gesorgt. Arbeiter, Bauern und Arbeiter sollen in den nächsten Monaten der höchsten nationalen, politischen und wirtschaftlichen Not zusammenfinden und einander bereitwillig helfen, das Volk vor dem Untergang zu bewahren. Nach wenigen Monaten, so hoffen wir, steht in der Welt, in Deutsch-Österreich, das normale Leben wieder, dann wird das gesamte Volk sich seine dauernde staatliche Ordnung geben. Bis dahin Vertrauen, Eintracht, Selbstkritik, Gemeinnut! Das deutsch-österreichische Volk! Die provisorische Nationalversammlung.

Bur Frage des Anschlusses Deutsch-Österreichs an Deutschland.
 Wien, 14. Nov. (W.Z.) Das soziale Volkswort meldet: Unterstaatssekretär Bauer hat an den Volksbevollmächtigten Haase folgendes Telegramm gerichtet: Indem ich Ihnen zur Uebernahme Ihres neuen Amtes in weltgeschichtlicher Stunde herzlich Glückwünsche sende, teile ich Ihnen mit, daß die provisorische Nationalversammlung Deutsch-Österreichs einstimmig beschlossen hat, Deutsch-Österreich für eine demokratische Republik zu erklären, die einen Teil der großen deutschen Republik ist und bleiben soll. Durch diesen Beschluß seiner provisorischen Regierung hat Deutsch-Österreich seinen Willen kundgegeben, sich mit den anderen deutschen Stämmen von denen es vor 33 Jahren gewaltsam getrennt wurde, wieder zu vereinigen. Wir bitten Sie und die deutsche Regierung, diese Bestrebungen des deutschen Volkes in Österreich an unterstützen und in direkte Verhandlungen über die Vereinigung Deutsch-Österreichs mit der deutschen Republik und über die Teilnahme an der Gesezgebung und Verwaltung des deutschen Reiches einzutreten. Wir bitten Sie, uns Gelegenheit zu geben, uns mit Ihnen über alle Fragen der Friedensver-

Ordnung
 2. November 1918.
 Lieferung von Waffen betr.
 in den letzten Tagen sind
 Munition aus militärischen
 Hände der Zivilbevölkerung
 her verordnet:

§ 1.
 alle Munition, die aus
 in die Hände der Zivilbevölke-
 und innerhalb 3 Tagen bei dem
 eisteramt, in den Städten mit
 Bezirksamt, abzuliefern.

§ 2.
 Lieferung wird unbedingte
 ist.

§ 3.
 Ablauf der Frist noch im
 Munition der obengenannten
 werden mit Gefängnis be-

§ 4.
 Gebrauch von Waffen und
 den bestehenden Strafgesezen,
 mit dem Tode, bestraft.

§ 5.
 tritt sofort in Kraft.

§ 6.
 Geht.

ruhe sind Waffen und Munition
 Gebäude, Zimmer Nr. 7, ab-

13. November 1918.
 Postdirektion.

Möbel
 sind
 liegen
 schön
 wert
 auch auf
 ahlung
 lich im
 484
 us, Karlsruhe
 chstrasse 22.

Wirtschaftskammer veranlaßt
 1. November d. Z., vormittags
 runde (Wiedhof) eine Ausgabe

und Ziegen.
 andler sind von der Ausgabe aus-
 zubringen. 4471

Wassermaschine
 durch Drehstrommotor von 120
 gut betriebsfähig, zu Laufen
 technische Büro (Wiedhof),
 Staatseisenbahnen Karlsruhe.
 4481

Formulare
 Offiziellen empfohlen
 ordneten Reduktion der
 Lager in allen Jahr-
 mularen:

ausweis
 der Gebühren
 stiftungsurkunden
 ts sofort erfolgen.
 Verlag der
 ia, Karlsruhe

Geld
 gegen monatliche
 Müdzahl verteilt
 A. Caldera, Hamburg 6.

Tafelklavier.
 billig zu verkaufen. Adresse
 zu erfahren unter Nr. 390 bei
 der Geschäftsstelle Nr. 4480

Ausgehmittelfrauenhaare
 läuft
 Karlsruher, 92
 Karlsruhe.

Rasier-Klingen
 Siederh. App. werd. dampf-
 darf geschliffen. Etad 10 Pf.
 Kaiserstraße 34 Laden
 Karlsruhe. 3140

Handlungen ins Einvernehmen zu sehen und diese Verhandlungen in enger Freundschaft miteinander zu führen. Wir bitten Sie schließlich, auch unserer schweren augenblicklichen Not Ihre Aufmerksamkeit zu schenken; da sich die neuen slavischen Nationalitätenstaaten, die aus dem Zusammenbruch Oesterreichs hervorgegangen sind, gegen uns vollständig absperrten, leiden wir bittere Not an Kohlen und Lebensmitteln. Das deutsche Volk in Oesterreich und insbesondere die deutsche Arbeiterklasse, sind überzeugt, daß die neue Regierung der deutschen Republik uns in dieser Stunde der Not beistehen wird. Was wir brauchen, ist der zutragende Hilfe. Wir bitten, Ihren Einfluß dafür einzusetzen, daß wir die unentbehrlichen Mittel an Kohlen und Lebensmitteln reich und schnell bekommen. Ich hoffe, daß die alte Freundschaft und Parteigenossenschaft, die uns verbindet, es uns erleichtern wird die enge und dauernde Verbindung zwischen Deutschland und Oesterreich wiederherzustellen. Mit herzlichen Grüßen Otto Bauer.

Gründung eines südslavischen Staates.
Ljubljana, 14. Nov. (W.Z.B.) Die Wälder werden erst nach einer Pariser Mitteilung vom 13. November, in welcher der serbische Premierminister Pašić als Vertreter Serbiens und der Vertreter der südslavischen Nationalitäten in Paris eine Litane unterzeichnet haben, in der die Gründung eines südslavischen Staates mit einer Einwohnerzahl von 13 Millionen endgültig garantiert wird.

Die tschecho-slowakische Republik.
Prag, 14. Nov. (W.Z.B.) Die Nationalversammlung der tschecho-slowakischen Staaten hielt gestern eine Sitzung ab. Nach einer längeren Rede des Vorsitzenden des Nationalauschusses Kramaritz, in der er den tschecho-slowakischen Staat als freie tschecho-slowakische Republik erklärte, wurde zum ersten Präsidenten der Republik Prof. Masaryk, zum Vizepräsidenten der Nationalversammlung der bisherige Reichsratsabgeordnete Franz Tomasek gewählt.

Ukrainischer Hilferuf an Wilson.
Wien, 14. Nov. (W.Z.B.) Der slavische Korrespondenz zufolge hat der Präsident des Nationalrates der ukrainischen Staaten Salzer Betrugswidrigkeiten eines funktionsfähigen Hilferuf an den Präsidenten Wilson gerichtet, in dem er dessen Intervention gegen die Knechtung des ukrainischen Staatsgebietes durch von der polnischen Regierung entsandte Truppen, sowie gegen den Versuch einer gewaltsamen Besetzung des von Ukrainern besiedelten nördlichen und nordöstlichen Teiles der Ukraine durch reguläre rumänische Truppen erbitet und oetliche, was für die Ukraine bedingungslos durch die Friedenskonferenz festzusetzenden Abgrenzung der neuen Staaten unterwerfen werde.

Polen.
Warschau, 14. Nov. (W.Z.B.) Meldung des Arbeiter- und Soldatenrates. Der Abtransport der deutschen Soldaten und Beamten aus Warschau und Polen hat gestern einsetzt. — Der Führer der galizischen Sozialdemokratie Daszynski ist heute von Warschau zum Ministerpräsidenten der polnischen Regierung ernannt und mit der Kabinettsbildung beauftragt worden.

Aus dem Stadtkreis.
Karlsruhe, 15. November 1918.
Na die Gründung einer Volkswehr. Wie aus einer Bekanntmachung zu ersehen ist, ergeht an die Einwohnerschaft von Karlsruhe der Aufruf zur Gründung einer Volkswehr. Diese Volkswehr ist notwendig zur Sicherung der Ordnung in unserer Stadt. Sie übernimmt den Sicherheits- und Wachdienst in der Stadt, da nach den Waffenstillstandsbedingungen Karlsruhe von Truppen geräumt werden muß. Die Stärke der Volkswehr soll zunächst auf 1000 Mann gebracht werden. Den ständigen Mannschaften werden Tagelöhner von 10 Mk. bewilligt. Alles Nähere ist aus der amtlichen Bekanntmachung zu ersehen. Waffentüchtige, zum Wach- und Patrouillendienst geeignete junge Männer werden aufgefordert, sich für die Volkswehr zu melden. Verdrücke für die Anmeldung werden auf den Polizeiwachen ausgegeben, wo sie nach Ausfüllung aus wieder entgegengenommen werden.

Die Behandlung von Bindagängern. Das stellvertretende Generalkommando des 14. A. K. hat angeordnet: Es ist verboten, als Bindagänger niedergegangene Artilleriegeschosse oder Flugbomben zu berühren, auszugraben oder sich in sonstiger Weise mit ihnen zu befassen. Wer einen Bindagänger findet, ist verpflichtet, der nächsten Militär- oder Zivilbehörde Anzeige zu erstatten.

Die Schulen sind für die heimkehrenden Truppen zu einem großen Teil freigemacht. Die Schüler haben auf unbestimmte Zeit Ferien erhalten.

Die Grippe-Epidemie in hiesiger Stadt ist wieder in steilem, wenn auch langsamem Rückgang begriffen. Immerhin ist aber sowohl die Zahl der vorhandenen wie auch der neuen Erkrankungen nicht unerheblich, so daß nach wie vor dringend empfohlen werden muß, die zur Verbreitung der Krankheit in Betracht kommenden Vorsichtsmaßnahmen, die das Großh. Bezirksamt —

Theater und Musik.
Großh. Hoftheater. Im Hinblick auf die Notwendigkeit möglichst hoher Kohlenpreise muß die Dauer und Zahl der Vorstellungen im Hoftheater bis auf weiteres gekürzt werden. Infolge dessen kann die begonnene Aufführung des Mibelungens vorerst nicht zu Ende geführt werden. Die schon angekündigten Vorstellungen „Meinhold“ und „Käufers“ werden noch stattfinden, dagegen muß die Aufführung von „Siegfried“ und „Götterdämmerung“ zurückgestellt werden. Die Sondernormen können die Miete für diese beiden Aufführungen an der Hoftheater zurückherber. Die Zahl der in einer Woche im Hoftheater stattfindenden Vorstellungen wird bis auf weiteres auf etwa vier herabgesetzt.

Städt. Konzerthaus. Die morgige Vorstellung von „Mose von Samsel“ beginnt um halb 7 Uhr.

Polizeidirektion — im nächsten amtlichen Verkündigungsblatt neuerdings bekannt geben wird, sorgfältig zu beachten.

Anfall. Am Mittwoch nachmittag wollte ein 10-jähriger Knabe in der Rinkheimerstraße hier auf ein fremdes fahrendes Fuhrwerk aufsteigen, glitt aus, fiel unter den Wagen, wurde überfahren und erlitt dadurch einen Oberschenkelbruch, welcher seine Aufnahme in das städtische Krankenhaus erforderlich machte.

Zur Bildung von Beamtenträten.
Karlsruhe, 15. Nov. (W.Z.B.) Der Arbeiter- und Soldatenrat Karlsruhe teilt mit: In der Presse werden Stimmen laut, die zur Bildung von Beamtenträten usw. auffordern. Wir begrüßen jede Mitarbeit und bitten möglichst alle um tatkräftige Hilfe. Wir machen aber darauf aufmerksam, daß keine Zersplitterung der Kräfte erfolgen darf. Die Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte können alle Verufe umfassen, da ja die Angehörigen aller Verufe Arbeiter sind, gleichgültig, ob sie geistig oder körperlich wirken.

In richtiger Erkenntnis der Tatsache haben sich auch bereits der Verband mittlerer badischer Staats- und Eisenbahnbeamten sowie die Technikerverbände dem Arbeiter- und Soldatenrat angeschlossen.

Politische Nachrichten.

„Bayerische Volkspartei.“
München, 14. Nov. Aus den Reihen des bayerischen Zentrums ist in Regensburg die Bayerische Volkspartei gegründet worden. Sie betrachtet, wie der Regensburger Anzeiger berichtet, den durch die Revolution geschaffenen staatspolitischen Zustand Bayerns als eine gegebene geschichtliche Tatsache. Ihr Programm ist ein christlich-sozialistisches; es stellt die Selbstständigkeit Bayerns in den Vordergrund, verlangt Selbstregierung des Volkes bis zu den äußersten Konsequenzen und beansprucht das aktive wie das passive Wahlrecht für die volljährigen Männer und Frauen ohne Einschränkung. Nicht haben soll das Wahlrecht erst nach dreijähriger Anfechtung gewährt werden. Ueber wichtige Verfassungsangelegenheiten, Steuererhebung und soziale Maßnahmen soll Volksabstimmung nach Schweizer Muster (Referendum) stattfinden. Volle Freiheit der religiösen Betätigung, Erhaltung des Eigentums der Kirche, ausreichende Sicherheiten für die Erziehung der heranwachsenden Jugend in konfessionellen Schulen sind weiterhin Forderungen des Programms.

Berlin, 12. Nov. „In eigener Sache“ schreibt heute abend die frühere Nordd. Allg. Ztg. Die jetzt Deutsche Allgemeine Zeitung heißt die alte Schriftleitung werde in Lebensuntersuchung mit den verantwortlichen Männern der Regierung weiterarbeiten. Die Zeitung soll und wird dieser helfen, ihre Aufgaben so zu lösen, wie es dem Wohle des Ganzen entspricht.

Der neue Chef der Reichsfinanzlei.
Von der Reichsregierung ist der Berliner sozialdemokratische Journalist Kurt Baake zum Chef der Reichsfinanzlei ernannt worden. Baake ist Vizepräsident des Vereins der Parlamentarierjournalisten und Mitglied des Vorstandes des Bezirksverbandes Berlin-Brandenburg im Reichsverband der deutschen Presse.

Der frühere Kronprinz.
Haag, 14. Nov. (W.Z.B.) Es wird beabsichtigt, den früheren deutschen Kronprinzen mit zwei Begleitern in Arnheim zu internieren. Die beiden anderen Offiziere sollen in einem anderen Internierungslokal untergebracht werden.

Amsterdam, 13. Nov. (W.Z.B.) Allgemeines Handelsblatt meldet, daß der frühere deutsche Kronprinz und sein Gefolge am 12. Nov. mitternachts in vier Automobilen Maasricht verlassen habe.

Französische Organisation Elsaß-Lothringens.
Paris, 15. Nov. (W.Z.B.) Agence Havas. Der Ministerrat beschloß sich mit der Organisation Elsaß-Lothringens und ernannte zu Oberkommissaren der Republik für Straßburg den Generalkommissar für die öffentliche Sicherheit Perinot, für Metz den Präsidenten des Departements Mentho et Moelle Mirmon, für Kolmar den Staatsrat Pouleto.

Schweiz.
Widerruf des Generalstreiks.

Bern, 14. Nov. (W.Z.B.) Schweiz. Dep.-Agent. In der heutigen Sitzung der Bundesversammlung wurde die Beschlüsse des Bundesrats mit, daß der Generalstreikkomitee den bedingungslosen Widerruf des Generalstreiks mitteilt habe. (Großer Beifall). Der Bundespräsident fuhr fort: Der Abdruck ist gewichen. Die Schweizerische Demokratie erhebt frei und stolz ihr Haupt. Der Bundesrat dankt den eidgenössischen Räten warm für ihr großes Vertrauen und die wirksame Unterstützung in der schweren Krise. Dank gebührt auch der Armee. (Beifall). Der Präsident des Nationalrates schloß die Sitzung mit der Bemerkung, daß dem Lande durch die Haltung der Behörden ein Bruderkrieg erspart worden sei.

Fremdenkundgebungen.

Bern, 15. Nov. (W.Z.B.) Meldung der Schweizerischen Depeschen-Agentur. Heute früh wurden in der ganzen Schweiz die Arbeiten wieder aufgenommen. Der Eisenbahnverkehr, der Post-, Telegraphen- und Telephonverkehr sind wieder normal. Nach Abbruch des Generalstreiks fanden am Donnerstag im ganzen Lande freudige Kundgebungen statt. In Bern wurde eine spontane gewaltige Manifestation veranstaltet. Die Menge zog vor das Quartier der Mitglieder des Bundesrates und des Generals Wille und riefen sie heraus. Der Bundesrat Decey und Bundesrat Motta gaben ihrer Freude Ausdruck, daß die verschiedenen Völkerrassen der Schweiz sich während des Krieges einig gezeigt hätten in dem Willen, die Demokratie zu schützen. Die französische Schweiz habe zweimal während des Krieges das Land gerettet, einmal beim Beginn des Krieges durch das klare Gefühl des Rechts und jetzt am Schluß durch entschiedene Abkehr von der Gewalt gegen die Bevölkerung und das Geis. Der Bundesrat hat dankte dem Volke für seine Entschlossenheit in den vergangenen furchtbaren Tagen. General Wille dankte für die treue Pflichterfüllung der Soldaten. Der stürmisch verlangte Bundespräsident Calonder erklärte nach einem Dank an die Bür-

ger und Bürgerinnen, daß der Bundesrat entschlossen sei, dem Geiste der neuen Zeit Rechnung zu tragen und im neuen Europa im Kreise der freien Völker der Freiheit durch politische und soziale Fortschritte einen Ehrenplatz zu sichern. Nach den schweren Jahren des Durchhaltens während des Krieges müsse man mit vereinten Kräften an die Ausgestaltung der schweizerischen Demokratie herantreten und den Verdriickten und vom Schicksal Benachteiligten müsse eine bessere Zukunft geschaffen werden durch die Entwicklung der sozialen Gesetzgebung.

Die Lebensmittellieferung aus Amerika.

Rotterdam, 14. Nov. (W.Z.B.) Hier wurde folgender Punkt des schweizerischen Gesandten in Washington an das Ministerium des Innern in Bern aufgegeben:

Ich habe dem Staatsdepartement ohne Verzug die Mitteilung der deutschen Regierung zugestellt, die ihre Kadelnummer 57 behält. Staatssekretär Ransing erwidert mich, folgende Antwort zu übermitteln: Von der gemeinsamen Sitzung beider Säuler des Kongresses hat der Präsident der Vereinigten Staaten erklärt, daß die Vertreter der assoziierten Regierungen im Obersten Kriegsrat von Versailles durch einstimmigen Beschluß den Vertretern der Mittelmächte versichert haben, daß alles, was nötig, und unter den Umständen möglich ist, zu tun sei, um sie mit Lebensmitteln zu versorgen und die Not zu erleichtern, die an diesen Orten geradezu das Leben bedroht, und daß unmittelbar Schritte getan werden sollen, um diese Unterstützung in derselben instanzmäßigen Weise zu organisieren, wie es im Falle Belgien geschehen ist. Weiterhin sprach der Präsident seine Ansicht aus, daß mit Hilfe des still-

liegenden Schiffsraumes der Mitte möglich es möglich sein müßte, ihre unterdrückte Bevölkerung von der furchtbaren Gefahr völliger Verelendung zu befreien und ihre Energie für die große und schwere Aufgabe des politischen Wiederaufbaues frei zu machen. Demnach beabsichtigt der Staatssekretär zu erklären, daß er bereit ist, die Unterstützung Deutschlands mit Lebensmitteln in wohlwollender Erwägung zu ziehen und die Frage sofort zu erörtern, vorausgesetzt, daß er versichert sein kann, daß die öffentliche Ordnung in Deutschland weiterhin bestehen bleibt und daß eine unparteiische Verteilung der Lebensmittel verbürgt wird. (a. z.) Sulzer, schweizerischer Gesandter.

Waffenstillstand.

Ein Präliminarfrieden?

Köln, 14. Nov. Laut einer Nachricht der A. B. ist der Abschluß eines Präliminarfriedens bereits angebahnt. Bei den Verhandlungen in französischen Hauptquartier waren nur Franzosen und Engländer beteiligt. — Die Einheitsverwaltung und der Zusammenhang zwischen dem Innerschweizerischen und dem übrigen Deutschland wird auch unter den feindlichen Besatzung geachtet bleiben.

Die alliierte Flotte durch die Dardanellen.

London, 14. Nov. (W.Z.B.) Reuters. Die Admiralität teilt mit, daß die alliierte Flotte in getrennt durch die Dardanellen gefahren sind. Britische und indische Truppen, die die Forts besetzt hatten, paradierten, als die Schiffe vorbeizogen. Die Flotte kam heute morgen vor Konstantinopel an.

Städt. Vierordt-Bad
Karlsruhe
Verchiedene Kurbäder
Halb-, Sitz-, Fuss- und Waschbäder, Douchen, Wickel (Packungen) und Massagen, Dampf-, Heissluft-Kastenbäder etc.
Jahresabgabezeit: Montag und Mittw. vorm. 8-1 Uhr und Freitag 3-8 Uhr.
Horrenabgabezeit: Alle übrige Badezeit, Sams. aus bis abends 8 Uhr. Sonntags geschlossen, Mittags 1-3 Uhr geschlossen

An die Einwohnerschaft von Karlsruhe.
Aufruf zur Volkswehr!
Die Sicherheit und Ordnung in unserer Stadt ist für alle Bürger die erste Forderung. Der Arbeiter- und Soldatenrat hat sich mit der Stadtverwaltung und dem Bezirksamt über die Errichtung einer Volkswehr geeinigt. Die Volkswehr übernimmt den Sicherheits- und Wachdienst in der Stadt, die durch die Waffenstillstands-Bedingungen Karlsruhe von Truppen geräumt werden muß.
Aufbau und Organisation:
1. Die Stärke der Volkswehr soll zunächst bis auf 1000 Mann gebracht werden.
2. Die Organisation der Volkswehr übernimmt der Arbeiter- und Soldatenrat.
3. Den ständigen Mannschaften werden Tagelöhner von 10 Mk. bewilligt.
4. Die Einstellung der Mannschaften erfolgt vertraglich mit 14tägiger Kündigung.
5. Die Volkswehr hat die Rechte und Pflichten der staatlichen Polizeimannschaften.
6. Für die Anmeldung zur Volkswehr werden Vordrucke auf den Polizeiwachen ausgegeben und nach Ausfüllung dafelbst wieder entgegen genommen.
Wir fordern waffentüchtige, zum Wach- und Patrouillendienst geeignet junge Männer auf, sich für die Volkswehr zu melden.
Karlsruhe, 14. November 1918.
Der Arbeiter- u. Soldatenrat:
Porter. Weiser.
Bezirksamt u. Polizeidirektion:
Weigel.

Bekanntmachung.
Karlsruhe, den 12. November 1918.
In einer Besprechung des Vorstandes des Arbeiterrates nebst zwei Vertretern des Soldatenrates mit dem Bezirksamt wurde der Beschluß gefaßt, daß zur Durchführung des Sicherheitsdienstes und einer einheitlichen Durchführung der notwendigen Maßnahmen ein Mitglied des Arbeiterrates und ein Mitglied des Soldatenrates zur ständigen Mitarbeit bei der Polizeidirektion bestimmt werde.
Die noch beim Militärdienst tätigen früheren hiesigen Schutzeleute sollen sofort angefordert werden, damit der Sicherheitsdienst besser durchgeführt werden kann.
In Bezug auf den Sicherheitsdienst und um die Ruhe und Ordnung durchzuführen, unterstellt sich das Bezirksamt den Beschlüssen des Arbeiter- und Soldatenrates und unterstützt dieselben.
Alle anderen sich ergebenden Fragen sollen durch gegenseitige Aussprache zur Verständigung führen.
Der Arbeiterrat:
B. Porter. G. Erb.
Der Soldatenrat:
Weiser.
Das Bezirksamt:
Guth-Vender. Weigel.

Bekanntmachung.
Karlsruhe, den 12. November 1918.
In einer Besprechung des Vorstandes des Arbeiterrates nebst zwei Vertretern des Soldatenrates mit dem Bezirksamt wurde der Beschluß gefaßt, daß zur Durchführung des Sicherheitsdienstes und einer einheitlichen Durchführung der notwendigen Maßnahmen ein Mitglied des Arbeiterrates und ein Mitglied des Soldatenrates zur ständigen Mitarbeit bei der Polizeidirektion bestimmt werde.
Die noch beim Militärdienst tätigen früheren hiesigen Schutzeleute sollen sofort angefordert werden, damit der Sicherheitsdienst besser durchgeführt werden kann.
In Bezug auf den Sicherheitsdienst und um die Ruhe und Ordnung durchzuführen, unterstellt sich das Bezirksamt den Beschlüssen des Arbeiter- und Soldatenrates und unterstützt dieselben.
Alle anderen sich ergebenden Fragen sollen durch gegenseitige Aussprache zur Verständigung führen.
Der Arbeiterrat:
B. Porter. G. Erb.
Der Soldatenrat:
Weiser.
Das Bezirksamt:
Guth-Vender. Weigel.

Bekanntmachung.
Karlsruhe, den 12. November 1918.
In einer Besprechung des Vorstandes des Arbeiterrates nebst zwei Vertretern des Soldatenrates mit dem Bezirksamt wurde der Beschluß gefaßt, daß zur Durchführung des Sicherheitsdienstes und einer einheitlichen Durchführung der notwendigen Maßnahmen ein Mitglied des Arbeiterrates und ein Mitglied des Soldatenrates zur ständigen Mitarbeit bei der Polizeidirektion bestimmt werde.
Die noch beim Militärdienst tätigen früheren hiesigen Schutzeleute sollen sofort angefordert werden, damit der Sicherheitsdienst besser durchgeführt werden kann.
In Bezug auf den Sicherheitsdienst und um die Ruhe und Ordnung durchzuführen, unterstellt sich das Bezirksamt den Beschlüssen des Arbeiter- und Soldatenrates und unterstützt dieselben.
Alle anderen sich ergebenden Fragen sollen durch gegenseitige Aussprache zur Verständigung führen.
Der Arbeiterrat:
B. Porter. G. Erb.
Der Soldatenrat:
Weiser.
Das Bezirksamt:
Guth-Vender. Weigel.

Zuvörderst ein Wort

Uebermensches heißt nicht der Ueberlegenheit ihr das Heimatland vor dem Gott lohne euch die Opfer die Heimat findet ihr wann und wie es geschah, helfen, dazu seid ihr erst. Wir müssen es aber wir alle Bürger und Bürger. Dieser Gefahr sehen Blutopfer genug, wir wollen. Woher kommt diese an Kommando und unter Massen des badischen Volk Bauernschaft auf dem Land mit einem blutigen Austrag. Er trägt eine doppelte Wunde. Wenn diese kommt, wehret die alte Militärgewalt zu schaffen, mit seinen Negativen, ruinenbesäten Krieg. Hinter allem aber ist das Erste und Wichtigste. Darum stützen wir die pro daß führende Parteigenossen eingetreten sind.

Wir müssen aber auf jeden Einfluss auf dem Wege der Arbeiter- und Soldatenrat. Ueber 4 Jahre haben ertragen. Es ist vorbei! W Radikalismus und seine brutalen, als die nordischen unsere badischen Angelegenheiten.

Waffenstillstand.
Die Räumung der Westfront im Westen.
Berlin, 15. Nov. (W.Z.B.) Die besetzten Gebiete werden, soweit es sich um die schließlichen Truppenteile handelt, sich. Trotz der all es bisher gelungen, auszuheranzuschaffen. Wenn der Mat geübt bleibt, und nicht oder Bahnunterbrechung gefaßt werden. Vorwiegend voraussichtlich abwideln. Teile der im rückwärts untergeordneten Truppen durch alarmieren unter neuer Leute, die des heimlichen Arbeiter- und Soldatenrates, die Oberste Kommando, tatsächlich aber die eigenen, ihre Truppenteile verlassen Heimat zu. Sie bilden für die marisch der Massen des Heeres aus dem Geer und Heimat nur durch zielbewusstes und taupatrat behoben werden kann der besetzten Gebiet Rheinrufer hat durch Zulassung kommandos der Alliierten, die leter Marischbefehl bekannt war. Erschwerung erfahren, die marisch zu der festgesetzten Zeit macht. Die Oberste Kommando der Alliierten vorher aber ohne Erfolg. Nach den unsere Truppen geräumt werden. 1. Bis zum 17. November 1918. 2. Bis zum 21. November 1918. 3. Bis zum 27. November 1918.

Waffenstillstand.
Die Räumung der Westfront im Westen.
Berlin, 15. Nov. (W.Z.B.) Die besetzten Gebiete werden, soweit es sich um die schließlichen Truppenteile handelt, sich. Trotz der all es bisher gelungen, auszuheranzuschaffen. Wenn der Mat geübt bleibt, und nicht oder Bahnunterbrechung gefaßt werden. Vorwiegend voraussichtlich abwideln. Teile der im rückwärts untergeordneten Truppen durch alarmieren unter neuer Leute, die des heimlichen Arbeiter- und Soldatenrates, die Oberste Kommando, tatsächlich aber die eigenen, ihre Truppenteile verlassen Heimat zu. Sie bilden für die marisch der Massen des Heeres aus dem Geer und Heimat nur durch zielbewusstes und taupatrat behoben werden kann der besetzten Gebiet Rheinrufer hat durch Zulassung kommandos der Alliierten, die leter Marischbefehl bekannt war. Erschwerung erfahren, die marisch zu der festgesetzten Zeit macht. Die Oberste Kommando der Alliierten vorher aber ohne Erfolg. Nach den unsere Truppen geräumt werden. 1. Bis zum 17. November 1918. 2. Bis zum 21. November 1918. 3. Bis zum 27. November 1918.

Waffenstillstand.
Die Räumung der Westfront im Westen.
Berlin, 15. Nov. (W.Z.B.) Die besetzten Gebiete werden, soweit es sich um die schließlichen Truppenteile handelt, sich. Trotz der all es bisher gelungen, auszuheranzuschaffen. Wenn der Mat geübt bleibt, und nicht oder Bahnunterbrechung gefaßt werden. Vorwiegend voraussichtlich abwideln. Teile der im rückwärts untergeordneten Truppen durch alarmieren unter neuer Leute, die des heimlichen Arbeiter- und Soldatenrates, die Oberste Kommando, tatsächlich aber die eigenen, ihre Truppenteile verlassen Heimat zu. Sie bilden für die marisch der Massen des Heeres aus dem Geer und Heimat nur durch zielbewusstes und taupatrat behoben werden kann der besetzten Gebiet Rheinrufer hat durch Zulassung kommandos der Alliierten, die leter Marischbefehl bekannt war. Erschwerung erfahren, die marisch zu der festgesetzten Zeit macht. Die Oberste Kommando der Alliierten vorher aber ohne Erfolg. Nach den unsere Truppen geräumt werden. 1. Bis zum 17. November 1918. 2. Bis zum 21. November 1918. 3. Bis zum 27. November 1918.

Waffenstillstand.
Die Räumung der Westfront im Westen.
Berlin, 15. Nov. (W.Z.B.) Die besetzten Gebiete werden, soweit es sich um die schließlichen Truppenteile handelt, sich. Trotz der all es bisher gelungen, auszuheranzuschaffen. Wenn der Mat geübt bleibt, und nicht oder Bahnunterbrechung gefaßt werden. Vorwiegend voraussichtlich abwideln. Teile der im rückwärts untergeordneten Truppen durch alarmieren unter neuer Leute, die des heimlichen Arbeiter- und Soldatenrates, die Oberste Kommando, tatsächlich aber die eigenen, ihre Truppenteile verlassen Heimat zu. Sie bilden für die marisch der Massen des Heeres aus dem Geer und Heimat nur durch zielbewusstes und taupatrat behoben werden kann der besetzten Gebiet Rheinrufer hat durch Zulassung kommandos der Alliierten, die leter Marischbefehl bekannt war. Erschwerung erfahren, die marisch zu der festgesetzten Zeit macht. Die Oberste Kommando der Alliierten vorher aber ohne Erfolg. Nach den unsere Truppen geräumt werden. 1. Bis zum 17. November 1918. 2. Bis zum 21. November 1918. 3. Bis zum 27. November 1918.

Waffenstillstand.
Die Räumung der Westfront im Westen.
Berlin, 15. Nov. (W.Z.B.) Die besetzten Gebiete werden, soweit es sich um die schließlichen Truppenteile handelt, sich. Trotz der all es bisher gelungen, auszuheranzuschaffen. Wenn der Mat geübt bleibt, und nicht oder Bahnunterbrechung gefaßt werden. Vorwiegend voraussichtlich abwideln. Teile der im rückwärts untergeordneten Truppen durch alarmieren unter neuer Leute, die des heimlichen Arbeiter- und Soldatenrates, die Oberste Kommando, tatsächlich aber die eigenen, ihre Truppenteile verlassen Heimat zu. Sie bilden für die marisch der Massen des Heeres aus dem Geer und Heimat nur durch zielbewusstes und taupatrat behoben werden kann der besetzten Gebiet Rheinrufer hat durch Zulassung kommandos der Alliierten, die leter Marischbefehl bekannt war. Erschwerung erfahren, die marisch zu der festgesetzten Zeit macht. Die Oberste Kommando der Alliierten vorher aber ohne Erfolg. Nach den unsere Truppen geräumt werden. 1. Bis zum 17. November 1918. 2. Bis zum 21. November 1918. 3. Bis zum 27. November 1918.

Waffenstillstand.
Die Räumung der Westfront im Westen.
Berlin, 15. Nov. (W.Z.B.) Die besetzten Gebiete werden, soweit es sich um die schließlichen Truppenteile handelt, sich. Trotz der all es bisher gelungen, auszuheranzuschaffen. Wenn der Mat geübt bleibt, und nicht oder Bahnunterbrechung gefaßt werden. Vorwiegend voraussichtlich abwideln. Teile der im rückwärts untergeordneten Truppen durch alarmieren unter neuer Leute, die des heimlichen Arbeiter- und Soldatenrates, die Oberste Kommando, tatsächlich aber die eigenen, ihre Truppenteile verlassen Heimat zu. Sie bilden für die marisch der Massen des Heeres aus dem Geer und Heimat nur durch zielbewusstes und taupatrat behoben werden kann der besetzten Gebiet Rheinrufer hat durch Zulassung kommandos der Alliierten, die leter Marischbefehl bekannt war. Erschwerung erfahren, die marisch zu der festgesetzten Zeit macht. Die Oberste Kommando der Alliierten vorher aber ohne Erfolg. Nach den unsere Truppen geräumt werden. 1. Bis zum 17. November 1918. 2. Bis zum 21. November 1918. 3. Bis zum 27. November 1918.